

# «Pensionsbombe» in der Eurozone

**VORSORGESYSTEME**/Die Europäische Industriespitze fordert von den Politikern eine zügige Reform der Rentensysteme in der EU. Der IWF in Washington und die OECD in Paris haben aufgrund der bereits zugespitzten Situation in Italien unabhängig voneinander die Alarmglocke gezogen.

Der politische Appell des European Round Table of Industrialists (ERT) mit Sitz in Brüssel war einigermaßen ungewöhnlich: Das Spitzengremium der europäischen Industrie hat die EU-Kommission sowie sämtliche 15 EU-Regierungen aufgefordert, die Reform der nationalen Rentensysteme möglichst zügig an die Hand zu nehmen. «Ohne radikale Änderungen müssen der Steuerzahler und die Unternehmen künftig immer grösser werdende finanzielle Lasten tragen», warnt ERT-Vize Carlo de Benedetti in Brüssel.

## Das fatalste Beispiel liefert Italien

Der CEO der Cofide-Cir Group verweist unter anderem auf die Situation in Italien: Dort steuerten die Arbeitnehmer durchschnittlich bereits 33% ihres Einkommens bei, um die Defizite der staatlichen Versorgungssysteme inklusive Gesundheitswesen einigermaßen auszugleichen. Ohne radikale Reformen stiege die Quote 2030 auf satte 48% an.

Dann werde ein Viertel der Bevölkerung in den fünf grössten EU-Ländern voraussichtlich über 65 Jahre alt sein. In bereits zehn Jahren träten zudem die ersten Vertreter der «Baby-Boom»-Generation in den Ruhestand. Ab dann fielen auch die «politischen Kosten» für substanzielle Rentenreformen um einiges teurer aus, warnt de Benedetti.

## IWF schlägt ebenfalls Alarm

Überraschend deutlichen Rückenwind für seine Forderungen hat der ERT jetzt von prominenter Seite erhalten: Auch der Internationale Währungsfonds (IWF) schlägt angesichts der «Pensionsbombe Italien» Alarm. In einem Bericht über die Stabilitätsprogramme in den Euro-Ländern bezeichnen IWF-Experten die Lage in Italien wegen der hohen Sozialausgaben und der niedrigen Geburtenrate als die kritischste in Europa. Um den Zusammenbruch des Rentensystems zu verhindern, sei eine tiefgreifende Reform «absolut notwendig». Das Verhältnis zwischen Sozialausgaben und BIP sei in Italien das höchste im Euro-Raum.

Auch die Experten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris haben in ihrem neuesten Konjunkturbericht für Italien den Warnfinger erhoben. Zwar wachse die Wirtschaft mit einem beachtenswerten Tempo. In Sachen Reform der Rentensysteme bestehe «beträchtlicher Handlungsbedarf». Allein die staatlichen Ausgaben für Frühpensionierte machten satte 14,2% des BIP aus.

Wohl hat die Römer Zentrale mit Reformen bereits Gegensteuer zu geben versucht. Bis jetzt allerdings mit keiner Wirkung: Den Betroffenen wurden zu lange Übergangszeiten gewährt.

## Private Vorsorge stärken

Klar ist: Italien ist lediglich die Spitze des Eisberges. Auch Deutschland beispielsweise kann sich das derzeitige Rentensystem nicht mehr allzu lange leisten.

Umso interessanter sind die seitens der Spitze der europäischen Unternehmerschaft gemachten Vorschläge. Im Kern schlägt der ERT eine Stärkung der zweiten und dritten Säule vor (siehe Kasten). «Wir wollen die staatlichen Renten nicht abschaffen, sondern fordern den Wechsel vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft», meinte ERT-Präsident Morris Tabaksblat aus Holland. Voraussetzung dazu sei unter anderem eine bessere Kostenverteilung innerhalb des Drei-Säulen-Systems.

«Wir müssen handeln», mahnte der Chef von Reed Elsevier. Ein Grund für den eindringlichen Appell der europäischen Industriespitze: Die Rentenfrage sei kein nationales Problem mehr. Zwei Drittel aller Arbeitnehmer seien derzeit in Systemen, die mit Sicherheit in Schwierigkeiten kommen werden. Anzuführen wäre, dass neben der Schweiz bis jetzt lediglich 5 der 15 EU-Staaten ein Drei-Säulen-System haben, das diesen Namen auch verdient.

Die ohne Reformen absehbaren finanziellen Belastungen beinträchtigen auch die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in ganz Europa. Die Sicherung der Altersvorsorge sei nicht mehr mit ein paar kosmetischen Anpassungen zu erreichen: «Wir brauchen Zeit, Visionen, Geld und Mut», fasste Tabaksblat zusammen.

Grundsätzlich sieht der ERT zwei mögliche Reformstrategien: Entweder müssten die bisherigen Umlagesysteme in Kapitaldeckungssysteme übergeführt werden. Mit dieser «harten» Reform verbunden sei wahrscheinlich eine weitgehende Privatisierung der gesamten Vorsorge.

## Privatisierung der Vorsorge?

Im «weichen» Reformkurs sei in einem ersten Schritt der Versicherungsaspekt vom Rentenanspruch nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben zu trennen. Um die Arbeitnehmer für den Übergang in die private Vorsorge zu motivieren, sollten auch Rentenkürzungen ins Auge gefasst sowie die Kriterien für die Aufnahme in die öffentlichen Rentensysteme gestrafft werden.

Die Vorschläge sind nicht ganz neu. Die britische Labour-Regierung von Tony Blair beispielsweise hat sie bereits in die Praxis umgesetzt. Der Anteil der zweiten und dritten Säule an den gesamten Rentenleistungen hat in Grossbritannien die 50%-Marke bereits überschritten. Auch Holland und Dänemark treiben die Stärkung der privaten Vorsorge seit längerem voran. Am anderen Ende der Skala stehen immer noch Italien und Portugal. Dort liegen die entsprechenden Quoten unter 5%.

## Länger arbeiten und privat vorsorgen

Der European Round Table of Industrialists (ERT) empfiehlt den nationalen Regierungen und der Europäischen Kommission verschiedene Massnahmen:

- Die staatlichen Rentensysteme sollten vor allem Funktionen übernehmen, die die private Vorsorge nicht kann: Unter anderem allen Nicht-Erwerbstätigen ein Mindesteinkommen garantieren.
- Anhebung des durchschnittlichen Rentenalters sowie die Schaffung von Anreizen für Pensionierte, länger im Arbeitsprozess zu bleiben, sofern sie dies wünschen.
- Eine gesunde Balance zwischen den staatlichen und privaten Vorsorgesystemen.
- Kostenstopp für staatliche Renten.

• Marktöffnung für Pensionsfonds und Förderung des Wettbewerbs unter Anbietern der privaten Vorsorge.

- Beseitigung von Steuerhindernissen für Investoren in private Pensionsfonds.
- Umsetzung der grenzüberschreitenden Freizügigkeit für Arbeitnehmer.
- Steuerkoordination zwischen EU-Ländern, um den freien Verkehr von Kapital auch für Pensionen umzusetzen.
- Schutz der Arbeitnehmer durch die Einführung von EU Mindeststandards (Prudent man-framework) für private Pensionskassen.

Der entsprechende Bericht kann auch unter [www.ert.be](http://www.ert.be) abgerufen werden. (jjs)

## Was macht der ERT?

Dem European Round Table of Industrialists gehören 47 Top-Shots aus 17 europäischen Ländern an. Mitglied sind unter anderem Fritz Gerber von Roche und Peter Brabeck von Nestlé. Die im ERT vertretenen Grossunternehmen beschäftigen weltweit rund 4 Mio Angestellte und weisen einen Gesamtumsatz von 850 Mrd Euro aus. Bis Ende letzten Jahres präsidierte Nestlé-Chef Helmut Maucher den «qualitativen Club». (jjs)